Anstoß

20. Jahrgang
Zeitung der LINKEN in der Region Saalfeld-Rudolstadt
Jan 2017

Gerechtigkeit
Aufklärung
Frieden
Humanismus

Zwei Drittel der Menschheit lebt in Ländern, in denen bewaffnete Konflikte und Kriege toben.

Deutschland ist nach den USA und Russland der **drittgrößte** Waffenexporteur der Welt

Die Hälfte der Deutschen fordert eine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Ein Fünftel der Deutschen kann sich vorstellen, zur Bundestagswahl AfD zu wählen.

Konsequentes Engagement für Frieden und Humanismus ist **die einzige** Möglichkeit, den weltweiten Tendenzen zu Krieg, Terror und Rechtspopulismus zu begegnen.

Gastbeitrag von Ralf Kalich

Über Aufgaben und Perspektiven in Thüringen im Wahljahr 2017

Ralf Kalich

Mitglied des Thüringer Landtags und Direktkandidat der LINKEN für die Bundestagswahl im neuen Wahlkreis 195 (SLF-RU/SHK/SOK)

Das Wahljahr 2017 hält neben drei Landtagswahlen – im Saarland (26.03.17), in Schleswig-Holstein (07.05.17) und in Nordrhein-Westfalen (14.05.17) – als Höhepunkt im Herbst die Wahlen für den Deutschen Bundestag bereit.

Meine Aufstellung als Direktkandidat im Bundestagswahlkreis 195, der die Landkreise Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Orla und Saale-Holzland umfasst, ist für die Partei und für mich eine große Herausforderung.

Vergangene Wahlen haben gezeigt, dass wir gemeinsam sehr viel erreichen können. Die bundesweit stabilen Wahlumfragen, die deutlich über dem bei der letzten Bundestagswahl erreichten Ergebnis liegen, zeigen, dass viele Menschen großes Vertrauen in DIE LINKE legen. Unser konsequentes Einstehen für soziale Gerechtigkeit und als Friedenspartei sind Markenzeichen unserer Politik.

DIE LINKE zeigt als stärkste Regierungspartei in Thüringen, dass es möglich ist, auch in einer Koalition mit SPD und Grünen das Land gerechter zu gestalten. Alle Prognosen der bürgerlichen Opposition, dass diese Regierung schon nach kurzer Zeit scheitern würde, sind nicht eingetreten. Wir können also stolz auf das Erreichte sein, denn noch nie hat eine Landesregierung in Thüringen größere Reformprojekte angestoßen und umgesetzt.

Nicht nur unsere Wähler schauen sehr gespannt auf die Entwicklungen in Thüringen. Der Impuls, der aus unserem Bundesland ausgesendet wird, hat es auch ermöglicht, dass wir in zwei weiteren Landesregierungen als zuverlässiger Koalitionspartner mit am Kabinettstisch sitzen. Es wird jetzt darauf ankommen, dass wir bei den oben genannten Landtagswahlen in diesem Jahr in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen den Einzug in den Landtag schaffen und im Saarland unser sehr gutes Wahlergebnis der letzten Wahl wiederholen.

Wir haben gemeinsam die Möglichkeit, damit eine optimale Vorbereitung für die Bundestagswahl im Herbst zu schaffen. Es braucht aber dazu die volle Unterstützung der gesamten Partei, um die hochgesteckten Ziele zu erreichen.

Für uns heißt das konkret, dass wir im Wahlkreis 195 um das Direktmandat und um ein sehr gutes Zweitstimmenergebnis kämpfen. Im Ringen mit den anderen demokratischen Parteien muss es uns gelingen, den Rechtspopulisten und Antidemokraten keine Chance zu geben, Einfluss auf demokratische Entscheidungen in unserem Land zu erhalten.

Wichtig wird dabei sein, dass wir uns den Problemen der Menschen zuwenden und ihnen zeigen, dass der Rechtsstaat wesentlich mehr Möglichkeiten bietet als bis jetzt ausgeschöpft werden. Dabei ist die Bürgerbeteiligung als Entscheidungsfindung für die Politik auf Bundesebene weiterzuentwickeln. Bürgerbeteiligung allein um Prozesse zu bremsen oder zu verhindern, lehne ich dabei ab. Auch die CDU in Thüringen muss sich dieser Frage stellen, da die Herausforderungen der kommenden Jahre um Thüringen keinen Bogen machen werden. Die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ist die richtige Antwort auf diese Fragen. Unterdessen beteiligen sich viele Bürgerinnen und Bürger aktiv über Parteigrenzen hinweg an diesen Prozessen. Die erfolgreiche Gestaltung der Reform bleibt das zentrale Ziel in Thüringen, ohne den Blick auf andere Problemfelder zu verlieren.

Herausforderungen in der Landespolitik sehe ich in drei weiteren Problemfeldern. Die Einführung des kostenlosen, letzten Kindergartenjahres wird eine spürbare finanzielle Entlastung von über 1.000 € im Jahr für viele junge Familien bringen. Jeder investierte Euro in die Bildung der jungen Generation ist gut angelegtes Geld für die Zukunft. Der konsequente Weg zur Ausbildung und Einstellung von neuen Lehrkräften ist ein weiteres zentrales Ziel der Bildungspolitik in Thüringen.

Ein weiteres wichtiges Ziel bleibt die Polizeireform. Das Thema Innere Sicherheit ist nicht einfach mit Zahlen und Planstellen zu bewältigen. Es nützt wenig, wenn die Statistik über Thüringen aussagt, dass wir im Vergleich zu allen anderen Bundesländern die meisten Polizisten auf 1.000 Einwohner haben, denn hinter jeder Zahlt steht eine Kollegin oder ein Kollege der Polizei. Diese haben eine sehr verantwortungsvolle Tätigkeit, denn das Gefühl von Sicherheit kann man sich nicht erkaufen. Die volle Ausschöpfung der Ausbildungskapazität der Polizeischule in Meiningen, die unter den CDU-geführten Landesregierungen nie erreicht wurde, ist konsequent weiterzuführen. Es muss gelingen die ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen zu ersetzen und die Arbeitsbedingungen deutlich zu verbessern.

Eine große Aufgabe stellt der weitere Umbau auf erneuerbare Energien dar. Dabei zeigt die Landesregierung, dass sie sich sehr maßvoll den neuen Herausforderungen stellt. Die Vorgaben durch die Bundesregierung sind bei genaueren Berechnungen höher als sich dies zum Beispiel bei den Vorranggebieten für Windenergie in den vier Planungsregionen widerspiegelt. Auch auf diesem Gebiet kann man sehen, wie sich die oppositionelle CDU im Land selbst widerspricht. Die vertane Zeit in Verantwortung der Vorsitzenden der Planungsregion Ost Frau Schweinsburg (CDU) zeigt, dass es nicht reicht, nur einfach nein zu sagen, ohne sich über die Konsequenzen im Klaren zu sein. Die Ausweisung von einem Prozent der Landesfläche für Windenergie reicht nicht aus, um die Bundesvorgabe zu erreichen. Dazu müssten 1,2 % der Thüringer Fläche ausgewiesen werden. Der Protest unter Führung der CDU sollte sich an die eigene Bundesregierung richten und nicht populistisch durch das Land getragen werden. So viel demokratisches Grundverständnis sollte man den Christdemokraten abverlangen.

In den wenigen Worten in diesem Artikel habe ich grundsätzliche Aussagen zu den Aufgaben in unserem Land gemacht. Viele weitere Projekte, wie zum Beispiel die der Verkehrsinfrastruktur, kann ich nicht im Detail beschreiben. Trotz allem bin ich der Überzeugung, dass wir den richtigen Weg bei der Entwicklung unseres Landes beschreiten. Wir können stolz auf das Erreichte sein, wohl wissend, dass es noch viele Probleme zu lösen gilt. Wenn es uns gelingt, den Menschen das Vertrauen zu vermitteln, dass wir dazu in der Lage sind, muss uns um das Ergebnis zur Bundestagswahl nicht bange sein. Wir dürfen aber eines nicht vergessen: nichts wird von allein geschehen und es wird unserer gemeinsamen Anstrengungen bedürfen, um mit einem sehr guten Ergebnis in den Bundestag einzuziehen.

Ralf Kalich

Neujahrsgrüße

vom Kreisvorsitzenden Rainer Kräuter

Liebe Genossinnen
und Genossen,

mit der neuen Ausgabe des Anstoß', der 1. Ausgabe unserer Kreiszeitung in diesem Jahr, wird uns klar, dass die Tage der Besinnlichkeit und des Frohsinns hier und da vorbei sind. Vor uns liegen große Aufgaben, wie etwa das weitere Erstarken der AfD zu verhindern und der prognostizierten Schwächung der Koalition entgegenzutreten. Wir alle müssen uns wegen der immer weiter um sich greifenden Unsicherheiten klarmachen: Wir verändern real dieses Land, diese Gesellschaft. Wir haben der stetig wachsenden ökonomischen und sozialen Unsicherheit etwas entgegenzusetzen. Dabei ist Thüringen noch lange nicht die Wohlfühloase der Bundesrepublik. Das steht außer Frage. Ich denke, wir können unsere Aufgaben auf fünf Schwerpunkte zusammenführen:

1. **Zuhören,**
   was Menschen denken
2. **Sagen,**
   was wir politisch wollen
3. **Erfüllen,**
   was wir versprochen haben
4. **Erklären,**
   was wir warum tun
5. **Zuspitzen** wo es nötig ist.

Wenn wir Linken so in das Jahr 2017 gehen und diese Aufgaben umsetzen, muss uns nicht bange sein. Für die kommende Bundestagswahl gelten drei Ziele:

1. im Bundesdurchschnitt die 10-%-Marke knacken,
2. stärker als die AfD werden und
3. eine rechnerische Mehrheit links der Union erreichen.

Dabei wollen wir mit den Themen gegen soziale Ungleichheit, gegen Waffenexporte, gegen eine Bundeswehr, die quer durch die Welt im Kriegseinsatz ist, gegen die ausbleibende Angleichung der Lebensverhältnisse Ost und West, für eine gerechte Sozialpolitik, für Angleichung der Renten auf Westniveau und zahlreichen weiteren punkten.

Es versteht sich natürlich von selbst, dass wir die Partei der Solidarität und des Friedens sind und auch bleiben. Das gilt – und das hat uns in Thüringen stark gemacht. Im kommunalen Bereich wünsche ich uns, dass wir durch ein Mehr an Transparenz unser kommunales Engagement noch deutlicher in den Vordergrund stellen, auch wenn wir oft nicht über Mehrheiten in den Kommunen verfügen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, wir müssen LAUTER werden. Dafür wünsche ich uns viel Gesundheit, Schaffenskraft und Optimismus im Jahr 2017.

Euer Rainer

Bericht aus dem Kreisvorstand

Am 20. Dezember traf sich der Kreisvorstand in Rainers Wahlkreisbüro in Bad Blankenburg zur letzten Beratung im Jahr 2016.

Rainer informierte über die Neugründung der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft. Diese findet am 30.01.2017 um 18 Uhr in der Landesgeschäftsstelle statt. Ziele der LAG sind, gewerkschaftliche Interessen insbesondere in der Parlamentsarbeit zu vertreten und Plattform zu sein für sozialistische Gewerkschaftspolitik. Interessierte Genoss_innen und Sympathisant_innen sind zur Mitarbeit aufgerufen und eingeladen.

Der Anfang Dezember gemeinsam mit dem Landesschatzmeister aufgestellte Finanzplan für das Jahr 2017 wurde vom Kreisvorstand mehrheitlich bestätigt. In der Diskussion wurden Maßnahmen verabredet, die eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung des Kreisverbandes zum Ziel haben. Rainer lobte ausdrücklich das Agieren der Kreistagsfraktion in der letzten Kreistagssitzung des Jahres, wo es um kommunale Finanzen und u.a. um einen Beschluss des Kreistages zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ging. Im Agieren unserer Kreistagsfraktion und dem kommunizierten Standpunkt des Kreisvorstandes zur Funktional-, Verwaltungs-und Gebietsreform wurde deutlich, wie richtig und wichtig es ist, dass der Kreisvorstand die kommunalen Prozesse politisch begleitet und dabei öffentlich Akzente setzt. Dazu der Vorsitzende:

> *„Wenn wir diesen Weg weiter konsequent beschreiten, und dabei auch die Fraktionsarbeit in den Stadt- und Gemeinderäten einbeziehen, können wir unsere Außendarstellung um ein Vielfaches verbessern. Dazu werde ich alle Beteiligten in einen engen Kommunikationsprozess einbeziehen."*

Der Kreisvorstand hat sich über den Stand der Vorbereitung der Bundestagswahl im Herbst 2017 besprochen. Das gemeinsame Wahlkreisbüro der drei Landkreise trifft sich regelmäßig zu Beratungen. Für uns kommt es in nächster Zeit darauf an, einzuschätzen, welche Möglichkeiten wir haben, Informationsmaterial in die Haushalte des Landkreises zu verteilen. Abschließend wurde der Sitzungsplan für 2017 beraten und beschlossen, künftig wieder zu einem festen Termin zu tagen. Der Kreisvorstand trifft sich jeweils am zweiten Montag um 18 Uhr. Gäste sind selbstverständlich auch weiterhin willkommen. Der geschäftsführende Vorstand wird sich an jedem 4. Montag um 17 Uhr treffen.

Karsten Treffurth

Kultur im Weltladen

Für den 20. Januar 19 Uhr lädt der Eine Welt Verein Saalfeld-Rudolstadt e.V. zum zweiten Mal zum Dia-Vortrag „Wanderungen im Hexengrund und Saaletal"

in den Weltladen Rudolstadt
Kirchgasse 13
(Ecke Schulplatz)

ein, denn beim ersten Mal mussten Interessierte aus Platzgründen wieder nach Hause geschickt werden. Andreas Rietschel wird wieder über seine Streifzüge durch das untere Kreisgebiet des Altkreises Rudolstadt berichten und Tipps zu Besonderheiten am Wegesrand geben. Das Gebiet ist reich an alten Ruinen, die oft verborgen und geheimnisvoll im Wald stehen. Herr Rietschel ist Autor des Buches „Baumwanderungen in Rudolstadt und Umgebung".

Gesamtmitgliederversammlung

Stadtverband Saalfeld

Mi 15.02.2017
17.30 Uhr

Schlutius
Grüne Mitte 6

Es wird ein neuer Stadtvorstand gewählt!

Die X. haben gerufen

2.Teil der Erzählungen von Ulrich Wichert, wie er in den 70ern die X.Weltfestspiele mit vorbereitet hat

Von jetzt an führte mich mein Weg zur Arbeit nicht in Richtung Potsdam, sondern in Richtung Berlin. Das war damals einfacher gesagt als getan. Nach Potsdam dauerte es bis dato per Bus maximal 30 Minuten, nach Berlin allerdings etwa 90 Minuten, verbunden mit mehrmaligem Umsteigen – und das täglich einmal hin und einmal zurück. Da war der Tag schnell verbracht.

Ich wohnte in dieser Zeit in Teltow, einem kleinen Industrieort zwischen Potsdam einerseits und Richtung Schönefeld andererseits. Vor dem Mauerbau konnte man von dort per S-Bahn in 30 Minuten in Berlin sein – 1971, wie schon gesagt, dauerte das bedeutend länger. Per Bus zum Bahnhof Genshagener Heide, von dort mit dem „Sputnik“ (Doppelstockzug) bis Berlin-Karlshorst und weiter mit der S-Bahn bis Friedrichstraße. Oder man fuhr mit dem Bus bis Schönefeld und stieg dort in die S-Bahn – das dauerte allerdings noch länger. Als sogenannter „Rucksack-Berliner“ (so wurden die Bewohner aus Orten im Umkreis von 50 km um die Hauptstadt von den Innenstädtern genannt) hatte ich es noch relativ günstig, denn andere delegierte Kader kamen aus der ganzen Republik nach Berlin und waren dort auch die Woche über „beheimatet“.

Den ersten Tag und meine Ankunft in Berlin vergesse ich wohl nie. Es war Januar, nasskalt, und die Hauptstadt empfing mich unfreundlich, als wäre ich ein nicht genehmer Gast. Dieses düstere Bild verstärkte sich noch dadurch, dass mein Anlaufpunkt ein ehemaliges altes, graues Hertie-Kaufhaus in der Friedrichstraße war. Die Straßenfront hatte den Krieg überstanden, ein Seitenflügel im Hof war erhalten geblieben, ein anderer nicht – der war noch Kriegsruine, von der Straße aus allerdings nicht zu sehen. Ein kleines Hinweisschild mit der Aufschrift „Org.-Büro X. WFS“ wies mir den Weg zu meinem künftigen Hauptabteilungsleiter. Es war der Genosse und Jugendfreund Siegfried Kreher, seines Zeichens Direktor der Zentralen Pionierleiterschule in Droysig, sein Stellvertreter war Gerd Schmidt, ein echter Berliner Kumpel.

Nach einer herzlichen Begrüßung wurde mir mitgeteilt, dass ich die Aufgabe hätte, mich im Bereich vorerst „einzuleben“ und mich auf die Funktion eines Org.-Mitarbeiters für das angedachte Höhenfeuerwerk während der Abschlusskundgebung der Weltfestspiele vorzubereiten.

Nun saß ich in einem kahlen Raum: ein Tisch, zwei Stühle, ein alter Rollschrank, vor mir leere Papierseiten – aber ein funktionierendes Telefon, was für die damalige Zeit so etwas war wie heute Laptop mit Internetanschluss.

Als Arbeitsgrundlage diente mir der Aufruf des Sekretariats des WBDJ, die X. Weltfestspiele in Berlin stattfinden zu lassen. Ansonsten hatte ich überhaupt keine Ahnung, wie man ein Höhenfeuerwerk in den gedachten Dimensionen organisatorisch vorbereiten kann oder sollte. Auf gut deutsch: von Tuten und Blasen keine Ahnung.

Das Fazit vom ersten Berlin-Tag: total leerer Kopf, ungemütliche Arbeitsumgebung und von der Fahrerei nach Berlin und zurück gestresst.

In dieser ersten Phase meiner Organisationsarbeit herrschten das Studium von WBDJ-Dokumenten und das Herbeisehnen des täglichen Arbeitsschlusses vor. Zwei positive Dinge will ich hier aber nicht verschweigen. Das war zum einen der Vorteil, in Berlin das Eine oder Andere käuflich erwerben zu können, was es anderswo in der Republik nicht gab. Somit konnte ich der Familie die eine oder andere Freude bereiten und mit raren Artikeln und Produkten auch gelegentlich Freunde und Bekannte beglücken. Zum anderen hatte ich Kontakt zu dem Betrieb aufgenommen, der dann 1973 das Höhenfeuerwerk produzieren und abschießen sollte – dem VEB Pyrotechnik Berlin-Buchholz.

Irgendwie – ich weiß heute nicht mehr, warum – wurde ich in den Zentralrat der FDJ (Unter den Linden) bestellt und vom ernannten Chef des Zentralen Org.-Büros der X. WFS, Erich Rau, Sekretär des Zentralrates der FDJ, empfangen. Erich Rau wurde später 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED im Bezirk Halle und ich hatte wieder mit ihm zu tun, als ich abermals in ein Org.-Büro, diesmal zur Vorbereitung des „Deutsch-Sowjetischen Jugendfestivals“ in Halle, delegiert worden war.

Der „Chef“ teilte mir u.a. mit, dass jetzt eine ordentliche Struktur des Org.-Büros aufgebaut wird. Dabei spielte der Beschluss des WBDJ zur Durchführung der WFS in Berlin die entscheidende Rolle. Darin hieß es, dass die WFS von drei Säulen getragen werden:

- eine große Jugendshow in einem Stadion zur Eröffnung der Spiele
- eine politische Manifestation in Form einer Kampfdemonstration der Jugend der Welt unter dem Motto „Frieden, Freundschaft, Solidarität“
- eine Abschlusskundgebung auf dem Marx-Engels-Platz mit Gelöbnischarakter.

Somit ergab sich die Struktur für die inhaltlichen Vorbereitungen der WFS:

- Hauptabteilung Großveranstaltungen
- Abteilung Eröffnungsveranstaltung
- Abteilung Demonstration
- Abteilung Abschlusskundgebung

Erich Rau beauftragte mich mit der Aufgabe, die Abteilung Eröffnungsveranstaltung ab sofort kommissarisch zu leiten. Wieder blieb mir der Mund offenstehen. Was und wie nun weiter?

Ulrich Wichert

- Fortsetzung folgt -

Die Turonen

Neonazistisches Netzwerk „Garde 20“ ahmt Habitus einer Rockergruppe nach

Die Turonen sind eigentlich ein germanischer Stamm, der in den Jahrhunderten um die Zeitenwende einmal im südlichen Thüringen und südöstlichen Hessen gelebt haben könnte. Vermutlich handelt es sich dabei um eine Abspaltung von – beziehungsweise eine Vermischung mit – einem keltischen Stamm, der mit gleichem Namen in Südfrankreich nachweisbar ist.

Die Gruppe, die aktuell in Thüringen unter dem Namen „Turonen“ auftritt, ist ein neonazistisches Netzwerk, das auch unter der Bezeichnung „Garde 20“ firmiert. Es handelt sich dabei um eine relativ neue Gruppierung innerhalb der rechten Szene, die sich aber durchaus aus bekannten Rechtsextremisten zusammensetzt. Aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von Katharina König geht hervor, dass die Gruppe 2014 zunächst als „Bruderschaft Thüringen“ und „Bruderschaft H8 Thüringen“ aufgetreten war, bevor Ende 2015 dann eine „Umbenennung“ erfolgte. Sie ahmt in ihrem Habitus Rockergruppen nach und trägt etwa Lederkutten, auf denen sich Patches (Abzeichen) befinden, teilweise auch Rangbezeichnungen wie „Anwärter“. Das Thüringer Innenministerium stuft die Gruppe jedoch nicht als Motorradclub oder Outlaw Motorcycle Gang ein, sondern als rechtsextremistische Gruppe.

Die bekannten Mitglieder der Gruppierung waren bislang vor allem im Bereich der rechtsextremistischen Musikszene sowie verschiedenen Thüringer Kameradschaften aktiv. Mehrere Mitglieder der Gruppe, die teilweise eine schwarze Raute mit der Zahl 20 als Erkennungszeichen der „Garde 20“ als Tätowierung tragen, müssen sich derzeit wegen des Überfalls auf die Ballstädter Kirmesgesellschaft im Jahr 2014 vor dem Landgericht Erfurt verantworten. Die Szene-Immobilie „Gelbes Haus“ in Ballstädt dient laut Auskunft des Innenministeriums als Treffpunkt der „Garde 20“. Das Haus gilt auch als Ausgangspunkt des Angriffs auf die Kirmesgesellschaft. Die Landesregierung spricht darüber hinaus von bekannten Rechtsextremisten aus mehreren Teilen Thüringens. Wie die Plattform „Blick nach rechts“ (bnr.de) berichtet, tragen zum Beispiel auch Bewohner der jüngst von Neonazis erworbenen Immobilie in Bad Langensalza das Symbol der „Garde 20“.

Über Aktivitäten der rechten Szene in Ballstädt hatten wir in der November-Ausgabe des Anstoßes im Zusammenhang mit einem großen Konzert der rechten Szene in der Schweiz berichtet. Es verwundert nicht, dass auch die Aktivitäten der „Turonen“ oder „Garde 20“ schwerpunktmäßig im Bereich der Organisation von Rechtsrock-Konzerten in Thüringen liegt.

Zwischen Mai 2014 und August 2016 wurden elf Konzerte und Feiern, meistens in Kirchheim (Ilmkreis), gezählt, an denen sich die „Bruderschaft“ beteiligte, häufig mit rund 200 Neonazis. Bei neun der elf Veranstaltungen war die Gruppe für die Durchführung der Veranstaltung verantwortlich, teilweise waren Organisatoren und der Einlassdienst mit Kutten der Organisation ausgestattet. Die Landesregierung geht davon aus, dass die Einnahmen der Konzerte in die Finanzierung der Immobilien fließen. Mit den von dieser Gruppe organisierten Rechtsrock-Konzerten werden Unsummen an Geldern umgesetzt.

Immobilien in der extremen Rechten dienen regelmäßig als Orte zum Vernetzen, Planen und Durchführen von Konzerten. Der Fall Ballstädt zeigt eindrücklich, wie schnell ein solcher Rückzugsort auch zum Ausgangspunkt brutaler Gewaltattacken werden kann. Allein die Mitglieder der „Turonen“ beziehungsweise „Garde 20“ sind bereits mit einer Vielzahl von einschlägigen Straftaten aufgefallen, darunter gefährliche Körperverletzung, Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Landfriedensbruch, Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Sprengstoffgesetz.

Thüringen ist mit 50 Veranstaltungen allein im Jahr 2016 bei Rechtsrock-Konzerten das begehrteste Bundesland. Um dieser Kultur entgegenzuwirken, ist es daher wichtig, Neonazis die Räume mit den zur Verfügung stehenden Mitteln streitig zu machen und extrem rechte Musikveranstaltungen auch im Zusammenspiel mit den Finanzbehörden zu verhindern, die einmal einen Blick auf die Gewinne werfen müssen.

Stefan aus dem HASKALA

Das Verfahren bleibt offen

Rainer Kräuter zu den Pressemeldungen über seine Verurteilung

Die OTZ berichtete am 14. Dezember 2016, dass ich mich am Vortag vor dem Amtsgericht Rudolstadt wegen des Verdachtes der falschen Verdächtigungen zu verantworten gehabt hätte und zu einer Geldstrafe verurteilt worden sei.

Die Anklage war bereits im August 2014 erhoben worden und konnte wegen der im September eingetretenen Immunität nicht weiter verfolgt werden. Die Staatsanwaltschaft Mühlhausen hatte dann einen Antrag zur Aufhebung der Immunität gestellt, dem der Justizausschuss in meiner Abwesenheit im Februar 2015 folgte.

In der Sache selbst geht es darum, dass ich im Jahr 2011 den Einsatzplan zum Besuch des Papstes Benedikt an die Medien verraten haben soll. Ich wurde wohl u.a. verdächtigt, weil ich mich Anfang November 2011 im MDR-Fernsehen kritisch zu den Einsatzbedingungen und den verletzten Sozialvorschriften im Einsatzablauf geäußert hatte. Dieses Verfahren wurde im Jahr 2013 eingestellt. Ich bin also unschuldig.

Im Rahmen der Ermittlungen wurde ich während einer politischen Bildungsreise in den Deutschen Bundestag durch einen Funkstreifenwagen der Polizeidirektion Saalfeld aus Berlin abgeholt, um einer Durchsuchungsmaßnahme meiner Büroräume, meines Autos und meiner Privatwohnung beizuwohnen.

Im gesamten Geschehensablauf sah ich mich letztlich in meiner Freiheit eingeschränkt und erstattete Anzeige wegen Freiheitsberaubung gegen die durchführenden Beamten. Nach Einstellung dieses Verfahrens wurde wegen falscher Verdächtigungen Anzeige gegen mich erstattet. Dieses Verfahren wurde am 13. Dezember 2016 gegen mich entschieden. Der Vorsitzende Richter Mäder am Amtsgericht Rudolstadt schloss sich der Sichtweise der Staatsanwaltschaft im Inhalt und in Teilen der Strafzumessung an. Das Angebot, das Verfahren gegen die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 2.000 Euro einzustellen, hatte ich zuvor abgelehnt. Nun sollen es nach Sicht der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes 4.000 Euro Strafe sein. Gegen dieses Urteil wurde fristgemäß durch meine Verteidigung Berufung eingelegt.

Die hier dargestellten Fakten möchte ich wegen des noch laufenden Verfahrens nicht bewerten.

Rainer Kräuter

Anstoß
Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken an:
redaktion.anstoss@gmx.de
Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen. Danke für deine Unterstützung!
DIE LINKE.
Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt
nicht vergessen:
für den Anstoß spenden
IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

Heißer Tee gegen soziale Kälte

Foto: B.Pätzold

Unter dem Motto „Heißer Tee gegen soziale Kälte – Solidarität statt Hass und Hetze“ fand am 16. Dezember eine landesweite Aktion der Arbeitsloseninitiative in Thüringen und der LINKEN statt. Wir, Katharina König, das Team vom Haskala, und unser Kreisverband, haben uns in Saalfeld gemeinsam daran beteiligt. Zwischen 10 und 12 Uhr haben wir in der Fußgängerzone bei eiskalten Temperaturen heißen Tee an Passanten verteilt, die die Geste in der vorweihnachtlichen Zeit gern entgegennahmen. Viele nutzten die Tee-Pause nicht nur zum Aufwärmen, sondern suchten auch das Gespräch mit der Abgeordneten. In den Diskussionen spiegelten sich Themen der Landespolitik ebenso wider wie die Bundespolitik. So wurden u.a. eine ausreichende Rente, soziale Sicherheit bei prekärer Arbeit, die anstehende Gebietsreform und das beitragsfreie KiTa-Jahr angesprochen.

Birgit Pätzold

Aus dem Kreistag

Resolution: Verbesserung der Kommunalfinanzen

Landrat Marko Wolfram hatte in die letzte Kreistagssitzung des Jahres einen Antrag eingebracht, welcher von der Landesregierung die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung und die Überarbeitung des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) fordert. Bis dies geschehen sei, solle ein kommunales Hilfspaket verabschiedet werden, welches Investitionen in Schulen, Verkehrsinfrastruktur und Brand- und Katastrophenschutz ermögliche.

Gleichzeitig beinhaltete der Antrag aber einen „vollinhaltlicher Anschluss“ des Kreistages an eine für unseren Landkreis abstrakte und überdies polemisch gehaltene Resolution des Landkreistages, welche Ähnliches fordert. Die wenigsten Kreistagsmitglieder dürften die Einzelheiten dieser Resolution überschaut haben.

Der Änderungsantrag unserer Fraktion stellte deshalb in einer eigenen Resolution des Kreistages die kritische Finanzsituation unseres Landkreises konkret dar und leitet aus den Mängeln des KFA die Forderungen zu dessen Änderung ab. Der Resolutionstext stammte aus der Feder von Kreiskämmerer Herrn Ryschka. Der Antrag unserer Fraktion wurde vom Kreistag einstimmig angenommen und ersetzte damit den Beschlussantrag des Landrats.

Hubert Krawczyk

Die „Resolution des Kreistages Saalfeld-Rudolstadt zur finanziellen Lage des Landkreises und zur Forderung nach Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch das Land Thüringen“ ist auf der Homepage unseres Kreisverbandes unter der Rubrik Kreistag nachzulesen. [Red]

Vorschlag zur Gebietsreform: Neuhaus eingliedern

An der Veranstaltung zur Thüringer Gebietsreform im Meininger Hof konnte ich nicht teilnehmen. Als Beigeordneter und Kreistagsmitglied teilte ich Landrat Wolfram meine inhaltliche Zustimmung und Unterstützung in Bezug auf die an den Innenminister versendete Stellungnahme mit. Seine Argumentation zu einer Fusion mit dem Saale-Orla-Kreis teile ich weitestgehend. Eine künftige Fusion mit dem Landkreis Weimarer Land war für mich – gelinde gesagt – eine Überraschung.

In einem kurz nach dem o.g. Termin verfassten Schreiben habe ich, ausgehend von den damals vorliegenden Erkenntnissen, Marko Wolfram, darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsgemeinschaft Lichtetal am Rennsteig seit Jahrzehnten demographisch, strukturell, entfernungsmäßig und historisch mit der Stadt Neuhaus verflochten ist. Ich zählte in diesem Schreiben eine Vielzahl von Argumenten auf, die dafür sprechen, Neuhaus in unseren Landkreis zu holen.

Andreas Grünschneder

Auszüge des Schreibens und damit im Zusammenhang stehende Fragen an den Landrat sind auf der Homepage unseres Kreisverbandes unter der Rubrik Kreistag zu finden. [Red]

Wir nehmen Abschied
von unserem Genossen

Bernd Ehlen

11.09.1943 - 06.12.2016

Die Mitglieder der
Basisorganisation Wickersdorf

Städtedreieck Dreiklang

Brief der Fraktionen DIE LINKE Saalfeld-Rudolstadt-Bad Blankenburg
Betrifft: Städtedreieck Dreiklang, Saalfeld-Rudolstadt-Bad Blankenburg, den 14.12.2016

Sehr geehrter Herr
Ministerpräsident Ramelow,
sehr geehrter Herr
Innenminister Poppenhäger,

wir haben Ihre Vorstellungen für die gemäß Vorschaltgesetz durchzuführende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen zur Kenntnis genommen.

Der Notwendigkeit dieser Reform stimmen wir ausdrücklich zu, die konkreten Auswirkungen auf den Landkreis Saalfeld- Rudolstadt und das Städtedreieck Saalfeld- Rudolstadt- Bad Blankenburg halten wir jedoch weiterhin für diskussionswürdig. Deshalb wenden sich die Mitglieder der Fraktionen DIE LINKE. in den Stadtratsfraktionen des Städtedreiecks mit der Bitte an Sie, in Ihre Entscheidungen die Bedeutung des Städtedreiecks und der Stadt Saalfeld als bisherige Kreisstadt und Amtssitz des Landrates einfließen zu lassen.

In unserem gemeinsamen Ringen um den Erhalt der Bedeutung des Städtedreiecks für einen, im Rahmen der Gebietsreform zu bildenden neuen Landkreis, in den der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gleichberechtigt zu integrieren ist, berufen wir uns auf das Landesentwicklungsprogramm 2025, insbesondere die Aussagen in den Abschnitten 2.2.7 und 2.2.8. In diesen werden die Aufgaben des Städtedreiecks Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums beschrieben.

Sollte die Fusion der Landkreise Saalfeld-Rudolstadt, der Stadt Weimar und des Weimarer Landes realisiert werden, sind für einen zukünftigen gemeinsamen Landkreis auch die Aussagen zur Stadt Weimar im Abschnitt 2.2.8 des Dokumentes zu beachten.

Mit diesem Konstrukt würden sich durchaus starke Partner verbinden.Der neu zu bildendende Landkreis würde geografisch von dem im Norden angrenzenden Bundesland Sachsen-Anhalt bis in den Süden zum Freistaat Bayern reichen. Wir sind uns der überregionalen Bedeutung der Stadt Weimar und deren Rolle als international bekannteste Stadt in Thüringen bewusst. Hier spannt sich der Bogen von Goethe und Schiller über die Weimarer Republik und dem Schrecken von Buchenwald in die Gegenwart.

Aus diesem Grund sehen wir die dringende Notwendigkeit, dass die Attraktivität des im südlichen Teil gelegenen Städtedreiecks erhalten und weiter gefördert wird und regen als die nächst höhere Stufe der Zusammenarbeit die Bildung eines Städteverbundes mit dem Amtssitz des Landrates an.

Um der Bedeutung der Stadt Weimar gerecht zu werden, sollten ihr deshalb, wenn schon der Verlust der Kreisfreiheit eintritt, bedeutende Aufgaben im administrativen und kulturellen Bereich durch den Freistaat zugewiesen werden.

Weimar als Administrations-Kongress und Kulturzentrum sowie der Städteverbund Saalfeld-Rudolstadt-Bad Blankenburg könnten sich so langfristig auf Augenhöhe begegnen.

In seiner Ansprache zum Jahresempfang 2016 hat Herr Ministerpräsident Bodo Ramelow in sehr anschaulicher Weise die Entwicklung des Städtedreiecks gewürdigt. Er wies darauf hin, dass unser Städtedreieck Impulsgeber auch für andere Regionen sein muss, wenn die Zukunft gelingen soll. Davon sind auch wir überzeugt.

Bereits im März 1997 wurde durch einen öffentlich- rechtlichen Vertrag zwischen den drei Städten das Städtedreieck gegründet.

Grundlage war die gemeinsame Erstellung des regionalen Entwicklungskonzeptes mit der Zielstellung der weiteren Entwicklung des Wirtschaftsraumes, der Städteentwicklung und der Infrastruktur.

Mit dem Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 erhielt diese Entwicklung neue Impulse. Das betrifft sowohl die wirtschaftliche Entwicklung, die öffentliche Daseinsvorsorge, die Infrastruktur, die gesundheitliche sowie pflegerische Vorsorge und die Möglichkeiten der Mobilität der Bürger im Städtedreieck und darüber hinaus.

Es beeinflusste positiv die Entwicklung des Wohnungsbaues, den gemeinsamen Kampf gegen den Verfall der Städte und nicht zuletzt den Erhalt des Theaters Rudolstadt und der Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt.

Die Entwicklung kultureller Vielfalt, die Gestaltung von zentralen Festen und der Erhalt von Traditionen und Gebräuchen waren den Verantwortungsträgern im Städtedreieck stets ein Anliegen.
Die angestrebten Ziele und die erreichten Ergebnisse wurden unter dem Aspekt des demographischen Wandels und der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger der drei Städte und der Region vorangebracht.

Weitere Beispiele gelungener Zusammenarbeit sind unter anderem ein gemeinsamer Flächennutzungsplan, eine gemeinsame Einzelhandelskonzeption, abgestimmte Stadtentwicklungspläne und abgestimmte Wohnraumkonzepte, in denen differenzierter Wohnraum für junge Menschen mit Kindern, Singles, ältere Menschen und Menschen mit Handicap berücksichtigt werden sowie bezahlbarer Wohnraum für jeden Geldbeutel vorgehalten wird.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit im Städtedreieck beinhaltet auch unsere gemeinsame Bewerbung für die Thüringer Landesgartenschau 2024, eine gemeinsame Bäderkonzeption und abgestimmte Sozialpässe.

Gemeinsam genutzte Veranstaltungsorte und Freizeiteinrichtungen wie der Meininger Hof in Saalfeld, die Stadthalle in Bad Blankenburg, das Freizeit- und Erlebnisbad Saalemaxx in Rudolstadt sowie die Feengrotten in Saalfeld und die Heidecksburg in Rudolstadt sind nicht nur Anziehungspunkte für die Einwohnerinnen und Einwohner der drei Städte und der Region, sondern haben auch überregionale Bedeutung.

Gleiches trifft auch auf Veranstaltungen wie das Rudolstadt Festival oder das Rudolstädter Vogelschießen sowie die Aufführungen des Theaters Rudolstadt und der Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt zu, die alljährlich hunderttausende Besucher aus der gesamten Region und darüber hinaus anziehen. Der Prozess des Zusammenfindens im Städtedreieck ging nicht konfliktfrei und ohne Vorbehalte von statten. Die Ergebnisse zeigen aber, dass auch unter dem Eindruck des demographischen Wandels der Wille zur Zusammenarbeit von Verantwortungsträgern aller Ebenen und vor allem der Bürgerinnen und Bürger der drei Städte stärker waren.

Wir, die Mitglieder der Stadtratsfraktionen DIE LINKE. des Städtedreiecks bitten die Landesregierung, im Zuge der Gebietsreform mit geeigneten Maßnahmen und Förderprogrammen auch weiterhin die Zusammenarbeit des Städtedreiecks und die Entwicklung deren Infrastruktur zu unterstützen.

Wir bekräftigen unsere Erwartung, dass der Amtssitz des Landrates und damit der Kreisstadtstatus auch nach der Bildung eines neuen Landkreises in Saalfeld verbleibt.

In der Hoffnung auf eine positive Bewertung unserer Einschätzung und unserer Vorschläge
verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen

Bärbel Weihrauch
Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE. im Stadtrat Saalfeld

Götz Kölbl
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE. im Stadtrat Rudolstadt

Ulrich Wichert
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE. im Stadtrat
Bad Blankenburg

Termine

» **Mo 09. Jan 2017**
16.30 Uhr
Markt Saalfeld
„Neues Jahr, neue Hetze?
Nicht mit uns!“

» **Mo 09. Jan 2017**
18.00 Uhr
Geschäftsstelle im HASKALA
Kreisvorstand

» **Di 10. Jan 2017**
14.00 Uhr
„Zum Pappenheimer“ Saalfeld
Seniorentreff

» **Do 12. Jan 2017**
18.00 Uhr
K*Star Saalfeld
„Fraktion vor Ort“
Bürgerforum zur Gebietsreform

» **So 15. Jan 2017**
10.30 Uhr
Weltladen Rudolstadt
Faires Frühstück

» **Mo 16. Jan 2017**
19.00 Uhr
„Brummochse“ Rudolstadt
Mitgliedertreff, Bürgergespräch
und öffentliche Beratung
Stadtvorstand Rudolstadt

» **Di 17. Jan 2017**
Wandergruppe (s.S. 8)

» **Fr 20. Jan 2017**
19.00 Uhr
Weltladen Rudolstadt
Diavortrag „Wanderungen im
Hexengrund und Saaletal“

» **Mo 23. Jan 2017**
17.00 Uhr
Rainers Wahlkreisbüro in
Bad Blankenburg
Geschäftsführender
Kreisvorstand

» **Di 24. Jan 2017**
18.00 Uhr
Haskala
Stadtvorstand Saalfeld

» **Mi 25. Jan 2017**
14.00 Uhr - 21.00 Uhr
Landtag Erfurt
Plenarsitzung*

» **Do 26. Jan 2017**
09.00 Uhr - 20.00 Uhr
Landtag Erfurt
Plenarsitzung*

» **Fr 27. Jan 2017**
09.00 Uhr - 20.00 Uhr
Landtag Erfurt
Plenarsitzung*

» **Mo 13. Feb 2017**
18.00 Uhr
Geschäftsstelle im HASKALA
Kreisvorstand

» **Di 14. Feb 2017**
14.00 Uhr
„Zum Pappenheimer“ Saalfeld
Seniorentreff

» **Mi 15. Feb 2017**
18.30 Uhr
Schlutius Saalfeld
Gesamtmitgliederversammlung
Stadtverband Saalfeld mit
Wahl des Stadtvorstands

*) wird im Internet per Livestream übertragen, u.a. auf der Seite unserer Landtagsfraktion www.die-linke-thl.de

Die nächste Mitglieder-versammlung der Basisorganisation

_____

ist am _____

um _____ Uhr

Ort: _____

20. Jan 1942 Wannsee-konferenz

Vor 75 Jahren, am 20. Januar 1942, trafen sich in einer Villa am Wannsee in Berlin, im damaligen „Gästehaus der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes“, 15 hochrangige Vertreter der NS-Regierung, unter ihnen Roland Freisler, Adolf Eichmann und Reinhard Heydrich.

Im Protokoll heißt es auf S.5 Abs. 3.:

„Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die in Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von Bedeutung sind. Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht [...].

Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifelsfrei ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Bestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neues jüdischen Aufbaues anzusprechen ist (siehe die Erfahrung der Geschichte).

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. [...]

Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos verbracht, um von dort weiter nach dem Osten transportiert zu werden. [...]“

Die Ereignisse des 20. Januar 1942 dürfen nie vergessen werden. Wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung dafür, dass sich solche Geschichte nicht wiederholt!

Wandern am 17. Januar 2017 entlang der Saale nach Crösten

Am Dienstag, dem 17. Januar, treffen sich die Wanderfreunde um 10 Uhr in Saalfeld am Café an der Saalebrücke. Von hier aus geht es entlang der Saale bis Crösten.

Dort wartet Frau Hess mit einem guten Mittagessen. Über den Marktkauf geht es dann zurück nach Saalfeld.

Die Anstoßredaktion wünscht allen Wanderfreundinnen und -freunden einen guten Jahresauftakt und für 2017 zahlreiche schöne gemeinsame Stunden, viel Sonnenschein und (fast) keinen Regen!

Zitat des Monats:

„Schon bei Machiavelli können Sie nachlesen, dass, wenn es um den Machterhalt geht, natürlich der Fürst, der Herrscher, die Lizenz hat zu lügen.“

Der Wiener Kulturhistoriker Konrad Paul Liessmann im Gespräch mit dem Deutschlandfunk zum Thema »Fake News«

Impressum:

V.i.S.d.P: Rainer Kräuter • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld - Rudolstadt**
Saalstraße 38 – 07318 Saalfeld • Geschäftszeiten: Di 9.30 - 12.00 Uhr • Tel.: 03671 515 488
E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de

Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22 - BIC:HELADEF1SAR
Um Spende wird gebeten!

Redaktionsschluss: **27.12.2016** • Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Februar. • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden spätestens **bis 28.01.2017 an redaktion.anstoss@gmx.de** • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Kräuter.
Wahlkreisbüro MdL Rainer Kräuter
Kirchplatz 1 • 07422 Bad Blankenburg
Di 15 - 17
Do 15 - 18
u.n.Vereinbarung
fon: 036741 73 92 19
mail: kraeuter@die-linke-thl.de
rainer-kraeuter.de

Jugend- und Wahlkreisbüro “Haskala”
Katharina König (MdL) Saalstraße 38,
07318 Saalfeld
Tel.: 03671 - 515489 • Fax: 03671 - 515490
www.haskala.de
info@haskala.de

Mo 11-16 Uhr
Di 11-16 Uhr
Do 13-18 Uhr
Fr 13-18 Uhr

השכלה HASKALA
IDEE AUFKLÄRUNG VERSTAND